

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 1

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kraft und Existenzberechtigung der Sozialdemokratie beruhen in der energischen Parteinahme zugunsten dieser Entwicklung, im entschiedenen Eintreten zugunsten der Demokratie gegen die autoritären Herrschaftsansprüche einer Handvoll Kartell- und Verbandsgewaltiger.

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

In der Dezember-Session sind die eidgenössischen Räte mit der Beratung der *neuen Finanzordnung* nicht zu Ende gekommen. Man mußte die endgültige Bereinigung der Vorlage auf eine außerordentliche Januar-Session verschieben. Inzwischen hat der Bundesrat die im Parlament vertretenen Parteien zu einer Konferenz eingeladen und ihnen mit allem Nachdruck die Bedeutung und Notwendigkeit der Zustimmung zur Finanzordnung, wie sie nun aussieht, dargelegt. Es ist zweifelhaft, ob dieser Appell des Bundesrates großen Erfolg haben wird. Schon im Dezember hat die sozialdemokratische Fraktion, als die letzten Beschlüsse des Ständerates vorlagen, erklärt, daß sie dem Projekt nicht zustimmen könne. Die Katholischkonservativen, denen der freisinnige Finanzminister ohnehin nicht sympathisch ist und die ihm darum eine Niederlage wohl gönnen möchten, zeigen sich nichts weniger als begeistert, und selbst die freisinnige Fraktion ist gespalten. Die in bürgerlichen Zeitungen erhobenen Ermahnungen an die Adresse der Sozialdemokraten, jetzt staatspolitisches Verantwortungsgefühl zu bekunden und Hand zur Verständigung zu bieten, nehmen sich angesichts dieser Haltung der bürgerlichen Fraktionen etwas sonderbar aus. Auf sie allein nämlich fällt die Verantwortung dafür, daß das Projekt von der ersten Fassung des Bundesrates bis zur neuesten Vorlage im Dezember fortwährend verschlechtert wurde, wobei Bundesrat Streuli sich bei jeder neuen Verschlechterung in die peinliche Lage versetzt sah, Positionen aufzugeben, die er zuvor eben noch kräftig verteidigt hatte. Von den sozialdemokratischen Wünschen und Begehren, die an eine gerechte Finanzordnung zu knüpfen sind, ist nichts berücksichtigt worden. Man darf bei dieser Gelegenheit wohl wieder einmal daran erinnern, daß die Sozialdemokraten seinerzeit die Einführung und Beibehaltung der Warenumsatzsteuer nur unter der Voraussetzung gebilligt hatten, daß die direkte Bundessteuer dauernd in der Verfassung verankert würde und ihre Erträge nicht hinter denjenigen der Warenumsatzsteuer zurückstünden. Das war sozialdemokratischerseits grundsätzlich schon ein großes Entgegenkommen, um eine Verständigungslösung in der Finanzreform zu ermöglichen. Aber dies ist von den bürgerlichen Parteien in keiner Weise

gewürdigt worden. Das Verhältnis zwischen Umsatzsteuer und Wehrsteuer hat man immer mehr zugunsten der letzteren verschoben und ist damit zu einer einseitigen Entlastung der hohen Einkommen und Vermögen gekommen, ohne daß ein ebensolcher Ausgleich für die Konsumenten und kleinen Steuerzahler erfolgt wäre. Es geht deshalb heute nicht mehr nur um die zugegebenermaßen bescheidenen Differenzen zwischen den Vorschlägen des Nationalrates und denjenigen des Ständerates. Die ganze Vorlage ist auf einen Boden geraten, auf dem sie für die Arbeiterschaft nicht mehr annehmbar ist und die auch vom Gesichtspunkt einer fortschrittlichen Finanzpolitik des Bundes aus nicht mehr verantwortet werden kann. Das Projekt bringt in seiner letzten Fassung dem Bund 350 bis 400 Millionen Franken weniger Einnahmen als der ursprüngliche Vorschlag des Bundesrates. Die Einnahmen aus der Wehrsteuer hätten nach der Vorlage des Bundesrates vom 1. Februar 1957 285 Millionen Franken eintragen sollen; nach den neuesten Anträgen werden sich daraus nur noch 212 Millionen Franken ergeben. Max Weber hat ausgerechnet, daß eine Annahme der gegenwärtigen Vorlage im Blick auf den eidgenössischen Voranschlag von 1958 und die Aufwendungen, die zusätzlich zu erwarten sind, ein Defizit zwischen 140 und 160 Millionen Franken bringen würde. Der Finanzplan ist also bereits über den Haufen geworfen. Mit Recht schrieb denn auch der schweizerische Parteipräsident Walther Bringolf im «Volksrecht», daß das, was vorliege, ein Stückwerk sei, das nicht ausreiche, um die sozialen und militärischen Aufgaben des Bundes hinreichend zu erfüllen. Man könne jedoch der Sozialdemokratischen Partei nicht etwas zumuten, was sie je und je abgelehnt habe: «Wir könnten ein Projekt, das ausgewogen ist, das als Ergebnis einer Verständigung bezeichnet werden kann und sowohl fiskalische als auch soziale und andere notwendige Zwecke erfüllt, befürworten. Ein Projekt jedoch wie das vorliegende, welches gegen die Sozialdemokraten unter Mißachtung der Notwendigkeit einer Verständigung zwischen den Parteien entstanden ist, ist wenigstens für uns unannehmbar.»

Eine Reihe vorab zürcherischer sozialdemokratischer Kreisparteien hat eine Aktion unternommen, um gegen den *Bundesbeschluß über die Durchführung von Instruktionskursen für Wehrpflichtige über 48 Jahre das Referendum* zu ergreifen. So sehr es auch zu begrüßen ist, wenn in den Parteisektionen initiatives politisches Leben pulsiert, so wäre es doch angezeigt gewesen, wenn in dieser wichtigen Frage rechtzeitig mit den Parteinstanzen, die für die Ergreifung von Referenden und Initiativen zuständig sind, Fühlung genommen worden wäre. Der schweizerische Parteivorstand wird sich in seiner nächsten Sitzung vom 15. Februar mit dieser Angelegenheit befassen. Im konkreten Fall ist immerhin festzustellen, daß sich die zürcherischen Sektionen mit ihrem Referendumsbegehren sachlich durchaus auf dem Boden alter Parteipostulate befinden. Die Anfechtung des Bundes-

beschlusses über die Instruktionkurse für die alten Jahrgänge von über 50 Jahren hat nichts mit grundsätzlichen Fragen der Landesverteidigung und ebenfalls nichts mit Antimilitarismus zu tun. Verschiedene sozialdemokratische Vorstöße im Parlament und Beschlüsse etlicher schweizerischer Parteitage haben die Forderung nach Herabsetzung des Militärdienstalters auf das 50. beziehungsweise 48. Altersjahr erhoben, nicht zuletzt auch im Blick auf die Anforderungen des Zivilschutzes. Die SPS weiß sich in diesem Begehren einig mit hohen militärischen Fachleuten, die den Kampfwert solcher überalterter Formationen sehr gering veranschlagen und im Gegenteil im Interesse der Landesverteidigung es geradezu für wünschenswert halten, die über fünfzigjährigen Wehrpflichtigen nicht mehr zum Militärdienst einzuziehen, sondern sie den Zivilschutzorganisationen zuzuweisen oder sie auf ihren wirtschaftlichen Posten zu belassen, wo sie eine für das Land sehr viel nützlichere und wichtigere Aufgabe erfüllen können. Grundsätzlich ist es zu begrüßen, wenn einmal das Volk Gelegenheit erhält, sich über diese Frage auszusprechen. Das Referendum wird zweifellos zustande kommen. P. S.

Außenpolitik

Die Konferenz der Regierungschefs der NATO, die im Dezember in Paris stattfand, sollte, nach den Plänen der amerikanischen Diplomatie, die militärische Antwort des Westens auf die Sputnik-Propaganda der Russen erteilen. Kaum von seiner Krankheit erholt, nahm Präsident Eisenhower die Strapazen einer Winterreise nach Paris auf sich, um die Vereinigten Staaten mit voller Autorität zu vertreten.

Die Regierung der Vereinigten Staaten schlug vor, alle NATO-Staaten Europas mit Lagern von Atombomben und mit Abschußrampen für ferngelenkte Raketen auszurüsten.

Die Konferenz hat sich jedoch in erster Linie nicht mit militärischen Fragen, sondern mit politischen Problemen beschäftigt. Die Politik der Stärke und des Wettrüstens mit Rußland führt unvermeidlich zu einem dritten Weltkrieg mit H-Bomben. Die Staaten des Westens sind auf militärischem Gebiet im Rückstand und stellen sich die Frage, ob es sich nicht lohnen würde, zuerst mit den Russen ins Gespräch zu kommen, um die internationale Lage zu entspannen. Die Briefe, die Bulganin am Vorabend der Pariser Konferenz an sämtliche NATO-Staaten und an weitere Regierungen richtete, sind nicht ohne Wirkung geblieben. Am Ende der Tagung stimmten die europäischen Staaten den Plänen Amerikas zwar prinzipiell zu, jedoch unter dem Vorbehalt, daß zuerst mit den Russen über die Möglichkeit einer Entspannung diskutiert werde.

Vor allem die von Sozialdemokraten geleiteten Regierungen, Dänemark, Norwegen, Belgien, haben erklärt, daß sie weder Atombombenlager noch

Rampen für ferngelenkte Raketen auf ihrem Territorium haben wollten. Selbst der treue Befürworter der amerikanischen Politik in Europa, der deutsche Kanzler Adenauer, schlug Sondierungen über die Absichten Rußlands vor, ehe weitere militärische Schritte im Westen gemacht würden.

Der Wille zum gegenseitigen Gespräch West-Ost ist also vorhanden. Ermutigt durch ihre selbständige Stellungnahme gegenüber Amerika, haben die Staatsmänner Europas eine Anzahl Erklärungen publiziert, die aber nicht aufeinander abgestimmt sind und eher Konfusion angerichtet haben. Der französische Regierungschef hat in einem Interview einer internationalen Konferenz auf höchster Ebene zugestimmt, unter der Voraussetzung, daß sie gut vorbereitet werde. Unmittelbar vor seiner Abreise nach Südostasien sprach sich Premierminister McMillan in einer Fernsehrede für einen Nichtangriffspakt zwischen der NATO und dem Warschauerpakt aus.

Diese verschiedenartigen Vorstöße seitens Europas sind in den offiziellen Kreisen der Vereinigten Staaten sehr kühl aufgenommen worden.

Tatsache ist jedoch, daß der tote Punkt in der internationalen Politik, an dem man Ende November 1957 angelangt war, überwunden worden ist.

Die Diskussion zwischen Ost und West hat faktisch mit Reden und Briefen ihren Anfang genommen. Diese Diskussion hat einen chaotischen Charakter und verfolgt momentan hauptsächlich Propagandazwecke. Aber es läßt sich feststellen, *daß alle Regierungen mit einer neuen Konferenz auf höchster Ebene grundsätzlich einverstanden sind*. Fast alle jedoch stellen Vorbedingungen von einer Art, daß die Konferenz an ihnen scheitern muß. Bulganin will eine große Konferenz unter Beteiligung sämtlicher NATO- und Warschauerpakt-Staaten, dazu noch einer Anzahl neutraler Länder. Das ergäbe ungefähr 30 Regierungen! Die meisten europäischen Staaten möchten zuerst eine Konferenz der Außenminister der Vier Großen einberufen. Daß Dulles und Gromyko eine Erfolgsgarantie für eine solche Konferenz bieten würden, läßt sich füglich bezweifeln. Man hat nach der Genfer Konferenz auf höchster Ebene die enttäuschende Erfahrung gemacht, daß die Konferenz der Außenminister, weit entfernt davon, den Genfer Geist weiter zu pflegen, ihn tötete und zu Grabe trug. Gromyko, der Schüler Molotows, und derselbe Dulles, der sich in den seither verstrichenen drei Jahren sicher nicht verbessert hat, würden für die Konferenz der Regierungschefs einen schlechten Start bedeuten.

Es hat auch in der jetzigen Weltlage keinen Sinn, die Regelung der politischen Streitfragen als Vorbedingung für eine Konferenz auf höchster Ebene zu verlangen.

In seiner Antwort an Bulganin schlägt der Bundesrat vor, die Ursachen der Spannungen zu beseitigen, um einen Erfolg zu sichern. Es ist selbstverständlich, daß eine völlige Entspannung der Weltlage, die totale Abrüstung und die friedliche Koexistenz der Völker nur durch die Lösung der poli-

tischen Konflikte möglich sein werden. Aber man kann nicht gleich mit der Liquidierung der Ursachen beginnen, sondern man muß sich mit einigen Maßnahmen begnügen, die geeignet sind, ein Minimum an gegenseitigem Vertrauen wiederherzustellen. Man soll versuchen, ein Klima zu schaffen, in welchem das Gespräch weiter und tiefer geführt werden kann.

Unter Maßnahmen dieser Art hat der *Rapacki-Plan, nämlich die Schaffung einer atomfreien Zone in Zentraleuropa*, umfassend die beiden deutschen Republiken, Polen und die Tschechoslowakei, ein großes Interesse erweckt. Bulganin schlägt sogar vor, in diesem großen Gebiet die fremden Besatzungstruppen zu reduzieren und zu beiden Seiten der Demarkationslinie ein 800 km breites Gebiet zur Photokontrolle aus der Luft festzulegen. Der Außenminister Polens sieht in diesen Maßnahmen einen ersten Schritt, um sein eigenes Land von russischen Truppen zu befreien!

Eine internationale Konferenz auf höchster Ebene ist notwendig. Sie sollte ohne Vorbedingungen stattfinden und alle Maßnahmen treffen, die psychologisch zu einer gewissen Entspannung führen könnten, auch wenn diese Maßnahmen — zum Beispiel bloße Erklärungen gegen die Benützung der Atomwaffen, die Sistierung der Atomwaffenversuche und ein Nichtangriffspakt — keine einzige Ursache der Spannung beseitigen. Da die Russen, wie es scheint, einen großen Wert auf solche Propagandagesten legen, soll der Westen diese Gesten machen, um dann an den Kern der Probleme zu gelangen.

Am 1. Januar 1958 sind die Verträge über den Gemeinsamen Markt und über Euratom in Kraft getreten. Ein wichtiger Schritt zur europäischen Einheit! Immerhin sind die Anlaufzeiten für den Gemeinsamen Markt so lang gerechnet, 12 bis 15 Jahre, daß man am 1. Januar keine Änderung in der Wirtschafts- und Handelspolitik der sechs Länder Klein-Europas bemerken konnte. Frankreich hat sogar kurz vor der Inkraftsetzung der Verträge über den Gemeinsamen Markt seine protektionistischen Maßnahmen noch verschärft.

Auch die Ministerkonferenz der sechs Staaten, die am Quai d'Orsay stattfand, wurde eine Enttäuschung, weil die Minister sich nicht über einen gemeinsamen Sitz für alle europäischen Organisationen einigen konnten, so daß nur provisorische Beschlüsse gefaßt wurden.

In Kairo fand im Dezember eine *große Konferenz der asiatischen und afrikanischen Bewegungen gegen den Kolonialismus statt*. Es handelte sich nicht um eine Fortsetzung der Konferenz von Bandung. In Bandung waren Regierungen vertreten; in Kairo aber waren — neben einigen Regierungen — nationalistische Parteien und Bewegungen sowie Einzelpersonen anwesend, vor allem Emigranten, die sich selber vertraten. Eine starke russische Delegation hat die Konferenz wesentlich beeinflußt; sie stieß allerdings auf eine gewisse Opposition, die das Vorgehen Rußlands in Ungarn verurteilte.

Trotzdem war die Konferenz von Kairo ein Erfolg für die russische Infiltration innerhalb der nationalistischen antikolonialen Bewegungen Asiens und Afrikas.

Der Krieg Frankreichs in Algerien dauert an. Die sehr optimistischen Berichte von Lacoste und Pineau über ein Abflauen des nationalistischen Aufstandes sind durch die Wiederaufnahme des Partisanenkrieges Lügen gestraft worden. Die Fortsetzung des Krieges hat neue Spannungen zwischen Frankreich einerseits, Tunesien und Marokko andererseits erzeugt. Diese Haltung der französischen Regierung begünstigt die Infiltration der Russen in Nordafrika und die militärische Umklammerung Europas.

Eine kurzsichtige Kolonialpolitik!

J. H.-D.

Blick in die Zeitschriften

Heft 52 der Zeitschrift *«Offene Welt»* ist dem Thema «Politische Meinungs- und Willensbildung» gewidmet. Mehr als zwanzig Mitarbeiter verschiedenster geistiger Herkunft nehmen zu den verschiedensten Aspekten des Problems Stellung oder referieren in Erfahrungsberichten über die politische Bildungsarbeit der Volkshochschulen, des Rundfunks und anderer Bildungseinrichtungen. Den Standpunkt der Gewerkschaften vertritt in diesem Heft in erster Linie Dr. *Franz Deus*, der Leiter der Bundesgewerkschaftsschule (Hans-Böckler-Schule) Hattingen, in einem Aufsatz «Die Haltung der Gewerkschaften im Blick auf das Ganze». Wir müssen uns darauf beschränken, einige Sätze aus dem Schlußabsatz der Darlegungen von Franz Deus zu zitieren:

«Aus ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung heraus sollten die Gewerkschaften immer wieder ihr Bildungswesen überprüfen und offen sein beziehungsweise bleiben für jede Möglichkeit, die so dringend notwendige politische Bildung in ihrem Bereich und mit ihren Mitteln zu fördern und zu befruchten. Politische Bildung ist die unerläßliche Voraussetzung für politische Meinungs- und politische Willensbildung. Wir tragen alle eine große politische Verantwortung auf unseren Schultern. Jeder von uns ist verpflichtet. Jeder einzelne, jedes gesellschaftliche Gebilde. Man wende nicht ein, es gebe ja kaum noch einen Bereich, in dem wir politisch mitgestalten, mitentscheiden könnten. Das stimmt nicht. Es kommt nicht so sehr auf die Höhe der ‚Ebene‘ an, auf der mitentschieden werden kann. Es gibt im weiten Raum des Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftslebens genügende Möglichkeiten. Indem wir uns bemühen, in diesen Räumen hier und heute mitzugestalten und mitzuverantworten und indem wir das politische Bildungsanliegen unser ständiges Bemühen sein lassen, werden wir wesentlich zur Findung eines neuen politischen Ansatzes, einer neuen politischen Sprache und eines neuen politischen Stils beitragen und vielleicht übermorgen jene politische Fähigkeit, Erfahrung, Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit erreicht haben, die zur Ausgestaltung und Festigung einer richtigverstandenen Demokratie unerläßlich sind. Wir alle sind politische Menschen, wir können und dürfen uns nicht aus der Politik und der politischen Verantwortung ‚beurlauben‘. Das gilt für uns alle, ob wir nun als Einzelperson politisch verpflichtet sind oder als gesellschaftliche Institution. Es gilt also auch für die Gewerkschaften als Faktoren politischer Willensbildung.»

Von einer anderen Seite her beleuchtet *Josef Kaut* in der österreichischen Monatschrift *«Die Zukunft»* (11) die hier angeschnittenen Fragen in seinem Aufsatz *«Grund-*